02.02.2011

Sitzungsvorlage Nr. 012/11

Errichtung des Bildungsganges „Fachschiule für Motopädie“ in Vollzeit- und Teilzeitform am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna

Gremien	Schulausschuss	Sitzungsdatum	21.02.2011
Gremien	Kreisausschuss	Sitzungsdatum	28.03.2011
Gremien	Kreistag	Sitzungsdatum	29.03.2011
Organisationseinheit	Schulen und Bildung	Berichterstattung	Dr. Timpe, Detlef
Beratungsstatus	öffentlich		
Budget-Nr.	40 , Schulen und Bildung	Haushaltsjahr	2011
Produktgruppen-Nr.	40.01 , Berufskollegs	Finanzielle	
		Auswirkungen	0,00 €
Produkt-Nr.	40.01.02 , Märkisches Berufskolleg Unna		

Beschlussvorschlag

Zum Schuljahr 2011/12 wird am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna der Bildungsgang „Fachschiule für Motopädie“ nach Anlage E der APO-BK in Vollzeit- und Teilzeitform errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Begründung der Vorlage

Der Kreistag des Kreises Unna hat in den letzten Jahren häufiger Beschlüsse über die Errichtung neuer Bildungsgänge an den Berufskollegs des Kreises Unna gefasst. Grundlage dieser Entscheidung ist jeweils die Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten und anspruchsvollen Bildungsangebotes der Berufskollegs unter Einbeziehung der Möglichkeiten, die die „Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen der Berufskollegs – APO – BK vom 26.5.1999“ den Berufskollegs als Rahmen zur Verfügung stellt.

Die Qualitätsverbesserung des schulischen Angebotes an Bildungsgängen ist eine ständige Aufgabe der Berufskollegs. So wird auf die Veränderungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes und die entsprechenden Schülerzahlen reagiert.

Neue Bildungsgänge müssen vor ihrer Aufnahme in das Bildungsangebot der jeweiligen Schule vom Kreistag beschlossen und von der Schulaufsicht genehmigt werden.

Einzelheiten zum neuen Bildungsgang sind der Anlage zu dieser Vorlage zu entnehmen. Im Vorfeld hat es eine Erörterung mit der Bezirksregierung gegeben. Auch von dort wird die Erweiterung des Bildungsangebotes positiv beurteilt und die regionale Bedeutung des Angebotes gesehen.

Die notwendige Abstimmung mit den benachbarten Schulträgern ist eingeleitet.

Schulaufsichtlich ist eine Genehmigung durch die obere Schulaufsichtsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) nach § 81 SchulG NRW erforderlich.